

10. September 2008, von Michael Schöfer Der Abstieg

China, Anfang des 15. Jahrhunderts: Im dritten Regierungsjahr des Ming-Kaisers Zhu Di verließ eine Flotte, wie sie die Welt bis dahin noch nie gesehen hatte, die Hafenstadt Liujia und läuft ins Südchinesische Meer aus. Sie umfasste 317 Schiffe (die legendäre spanische Armada, mit der Philipp II. gut 180 Jahre später England erobern wollte, kam "nur" auf 132 Schiffe). In ihrer Mitte befanden sich 62 Neunmaster - bis zu 135 Meter lang und 55 Meter breit (die Santa Maria, das Flaggsschiff Kolumbus', mit dem er 1492 Amerika entdeckte, war lediglich 25 Meter lang und 8 Meter breit). Insgesamt trug die chinesische Flotte 28.000 Soldaten. Die See-Expeditionen (1405 - 1433) standen unter dem Befehl des Eunuchen Zheng He und kamen im Westen bis nach Dschidda (im heutigen Saudi-Arabien) und Malindi (im heutigen Kenia).

Die Chinesen erfanden unter anderem den Kompass (4. Jh. v. Chr.), das Papier (ca. 2. Jh. v. Chr.), das Porzellan (620 n. Chr.), den Buchdruck (erste Hälfte des 8. Jh. n. Chr.), das Schießpulver (850 n. Chr.) und die Kanone (um 1250 n. Chr.). Sie konnten bereits im 4. Jahrhundert v. Chr. (!) mit ihren Hochöfen Gusseisen erzeugen und produzierten Ende des 11. Jahrhunderts 125.000 Tonnen Roheisen (Großbritannien erreichte dieses Quantum erst 700 Jahre später). Schon im 5. Jahrhundert n. Chr. entwickelten sie ein Verfahren zur Stahlherstellung, mit dem das Siemens-Martin-Verfahren von 1864 vorweggenommen wurde. Im 12. Jahrhundert nutzten sie mit Wasserkraft betriebene Maschinen zum Spinnen von Hanf (rund 500 Jahre vor der britischen Textilindustrie). China war also in vielen Bereichen führend. Sogar mit großem Abstand, wie wir sehen. [1]

Warum, so lautet die berechtigte Frage, haben dann die Europäer die Welt erobert und nicht die Chinesen? Die Antwort ist komplex, aber eine Ursache ist zweifellos im Bildungsverfall zu suchen. Das Reich der Mitte beschloss nämlich, die See-Expeditionen aufzugeben und sich von der Außenwelt weitgehend abzuschotten. China genügte sich selbst und verpasste so den Anschluss: Entwicklungen in anderen Regionen wurden nicht wahrgenommen bzw. bewusst ignoriert, die Wissenschaft aufgrund gesellschaftlicher Erstarrung und politischer Despotie nicht konsequent genug weiterentwickelt. Kurzum, es waren die Chinesen selbst, die ihren enormen Vorsprung verspielten. Sie fielen daher - relativ zu anderen - zurück, was sich später bitter rächen sollte, als die lernbereiten Europäer als Eroberer auftraten.

Deutschland, nach wie vor Exportweltmeister und in zahlreichen Branchen mit an der Spitze der Entwicklung (Autoindustrie, Maschinenbau, Chemie etc.), droht ebenfalls den Anschluss zu verlieren. Nicht, weil man hierzulande beschlossen hätte, sich zu isolieren, sondern weil man in puncto Bildung gegenüber anderen mehr und mehr zurückfällt. Dies legt zumindest der neue OECD-Bildungsbericht nahe. "Der Anteil der Studienanfänger und der Hochschulabsolventen ist [in Deutschland] langsamer gewachsen als in den meisten anderen OECD-Ländern. Zwar konnte die Zahl der Uni- und Fachhochschulabsolventen von 2000 bis 2006 von 18 auf 21 Prozent gesteigert werden. Doch im OECD-Schnitt wuchs der Anteil der Graduierten pro Jahrgang von 28 auf 37 Prozent." [2] Insbesondere herrsche ein Mangel an Naturwissenschaftlern und Technikern, schreibt uns die OECD ins Stammbuch. Natürlich ist vieles wie immer eine Frage des Geldes: "Während die OECD-Staaten im Schnitt 6,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Bildung investierten, waren es in Deutschland nur 5,1 Prozent."

Mit anderen Worten: Deutschland steigt peu à peu ab. Wir unterliegen, ähnlich wie einst die Chinesen, ideologischen Beschränkungen. Letztere sind die eigentliche Ursache der

Bildungsmisere. Die Unternehmen haben in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht nur die Ausbildung sträflich vernachlässigt, sie konnten sich obendrein mit ihrer Forderung nach umfassender Steuerentlastung durchsetzen. Wohlgemerkt: Steuerentlastung für Unternehmen und Besserverdienende, Arbeitnehmer gingen dabei größtenteils leer aus. Zwar beklagen die Arbeitgeber einerseits fortwährend den zunehmenden Bildungsverfall, andererseits denken sie nicht im Traum daran, auch die für eine hinreichende Ausstattung der Bildungseinrichtungen notwendigen Steuern zu bezahlen. Das sollen gefälligst andere übernehmen. Ihre Lösung: Studiengebühren. Alles zum Wohle des Standorts Deutschland, versteht sich. In Wahrheit ist das Ganze leider furchtbar kurzsichtig und langfristig für eine Wissensgesellschaft absolut tödlich.

Gleichzeitig sorgen die Arbeitgeber dafür, dass immer weniger Menschen die Mittel besitzen, ihren Kindern unter den veränderten (d.h. kostspieligeren) Umständen ein Studium zu ermöglichen: "Während die Zahl der Erwerbstätigen in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen von 1997 bis 2007 um 1,5 Millionen gesunken ist, stieg die Anzahl der Personen in neuen oder atypischen Beschäftigungsformen in diesem Zeitraum um 2,6 Millionen an", stellt das Statistische Bundesamt fest. In den letzten 10 Jahren habe die Bedeutung des Normalarbeitsverhältnisses drastisch abgenommen, der Anteil an allen abhängig Beschäftigten ist demnach zwischen 1997 (82,5 Prozent) und 2007 (74,5 Prozent) um 8 Prozent gesunken. Entsprechend sei die Bedeutung der "neuen Beschäftigungsformen" von 17,5 Prozent auf 25,5 Prozent gestiegen.

Zur Erläuterung: "Unter einem Normalarbeitsverhältnis wird (...) ein Beschäftigungsverhältnis verstanden, das in Vollzeit und auf einer dauerhaften vertraglichen Grundlage ausgeübt wird. Ein Normalarbeitnehmer arbeitet direkt in dem Unternehmen, mit dem er einen Arbeitsvertrag hat." Zeitarbeiter gehören somit nicht dazu. "Zudem sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ein Normalarbeitsverhältnis in die sozialen Sicherungssysteme wie Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung und Krankenversicherung integriert. Das heißt, sie erwerben über die von ihrem Erwerbseinkommen abgeführten Beiträge Ansprüche auf Leistungen aus den Versicherungen."

"Von neuen oder atypischen Beschäftigungsformen wird gesprochen, wenn eines oder mehrere dieser Kriterien nicht erfüllt sind. Dazu zählen (...) Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Stunden Arbeit pro Woche, geringfügige Beschäftigungen, befristete Beschäftigungen sowie Zeitarbeitsverhältnisse, die auch unter den Schlagworten Leiharbeit und Arbeitnehmerüberlassung bekannt sind. Im Gegensatz zur Normalarbeit, die in der Regel darauf ausgerichtet ist, den eigenen Lebensunterhalt und eventuell den von Angehörigen zu finanzieren, können die neuen oder atypischen Beschäftigungsformen diesen Anspruch nur bedingt erfüllen", sagen die Statistiker.

Anders und kürzer ausgedrückt: Der Niedriglohnsektor ist dramatisch gewachsen. Kein Wunder, wenn die Zunahme der Erwerbstätigen, die wir momentan registrieren, nicht mit einer Zunahme der Haushaltseinkommen einhergeht. Jedenfalls nicht bei der Masse der Arbeitnehmer. Die Mittelschicht erodiert. Letztlich wirkt sich das logischerweise auch auf die Verteilung der Bildungschancen aus. Vermehrt entscheidet nicht die Begabung über die Ausbildung der Kinder, sondern der Geldbeutel der Eltern. Da immer mehr immer weniger haben, führt das in der Konsequenz zu massiven Bildungsverlusten. So greift ein Rad ins andere. Und die unausweichliche Konsequenz ist (siehe oben) der Abstieg.

Das Schicksal Chinas sollte uns eine Warnung sein. Künftige Generationen werden vielleicht mit blankem Unverständnis auf uns zurückblicken und lange darüber rätseln, warum wir es überhaupt so weit haben kommen lassen. Ob ihnen Begriffe wie "neoliberal" oder

Organisationen wie die "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)" dann noch geläufig sind? Wenn nicht, werden sie es schwer haben, die Gründe des Abstiegs zu verstehen.

[1] David S. Landes, Wohlstand und Armut der Nationen, Berlin 2002, und Konrad Seitz, China, München 2006

[2] Frankfurter Rundschau vom 10.09.2008

© Michael Schöfer, Kleinfeldstr. 27, 68165 Mannheim
URL des Artikels: www.michael-schoefer.de/artikel/ms0608.html